

Autobahn sperren für Kampfjets?

Luftwaffe probt Ernstfall Bisher hat der Bundesrat erst eine einzige Übung mit Starts und Landungen abseits von Militärflugplätzen genehmigt. Aber bereits ist klar: Weitere werden folgen.

Edgar Schuler

Es fühlt sich an wie ein Rückfall in den Kalten Krieg. Die Armee wird im Juni ein Stück Autobahn zwischen Payerne VD und Avenches FR sperren, um darauf mit F/A-18-Kampfflugzeugen zu starten und zu landen. Der Bundesrat hat diese Übung gestern bewilligt.

Einsätze dieser Art auf Nationalstrassen gab es bis in die 1980er-Jahre. Damals landeten und starteten Kampfflugzeuge der Typen F-5E Tiger und Hunter etwa auf der A3 bei Walenstadt, auf der A6 bei Münsingen oder auf der A8 bei Alpnach.

Jetzt, 2024, soll die Luftwaffe also wieder fit gemacht werden für Einsätze von improvisierten Standorten aus. «So sind wir gewappnet, sollten in einem Krieg die Pisten der Flugplätze zerstört oder beschädigt werden», sagt Luftwaffenchef Peter Merz in einem Erklärvideo auf X.

Der Bundesrat schreibt zu seinem Entscheid, die Sicherheitslage in Europa habe sich mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verschlechtert. Nun müsse die Armee ihre Verteidigungsfähigkeit konsequent stärken, um «die Schweiz und deren Bevölkerung zu schützen».

Dezentralisierung sei «dringend notwendig»

Damit ist auch klar, dass auf die Übung zwischen dem 4. und 6. Juni 2024 weitere folgen werden. Armeesprecher Mathias Volken sagt zwar, in diesem Jahr seien keine weiteren Starts und Landungen auf Autobahnen geplant. Er fügt aber an, die Armee werde ihre Fähigkeit zur Dezentralisierung auch in Zukunft trainieren.

Milizkreise begrüßen die Entwicklung. Thomas Freimüller, Präsident des armeerfreundlichen Vereins «Swiss F-35 Supporters», hält die Luftwaffenübung für längst überfällig: «Die Fähigkeit, mit den Kampfjets flexibel auf Autobahnen starten und landen zu können, hätte die Armee nie aufgeben dürfen.» Stefan Holenstein, Präsident der



Ein gewohntes Bild im Kalten Krieg: Startübungen mit zwei Kampfjets des Typs F-5E Tiger 1988 auf der A8 bei Alpnach OW. Foto: Comet Photo AG (ETH Bibliothek)

Autobahn als Kampfjet-Piste



— Dieser Abschnitt der A1 wird im Juni für Starts und Landungen von Kampfflugzeugen gesperrt

Grafik: mrue

Landeskonferenz der militärischen Dachverbände, sagt, die Dezentralisierung sei «dringend notwendig», um die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz zu stärken. «Und es darf nicht bei dieser einen Übung bleiben!»

A1 solle ganz geschlossen bleiben, sagt Klimastreik

Welche anderen Autobahnen für Starts und Landungen von Kampfjets infrage kommen, ist gemäss Armeesprecher Volken «klassifiziert», also geheim. Er will auch nichts dazu sagen, ob die in den 80er-Jahren für diesen Zweck verwendeten Teilstücke bei Münsingen und Walenstadt immer noch als Übungsgebiete geeignet sind.

Kritisch äussert sich Jonas Kampus zu den Luftwaffenplänen. Er ist Aktivist bei der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und beim Klimastreik. Er sagt: «Die Armee zeigt, dass die A1 auch länger als nur eine halbe Stunde – wie bei den Aktionen der Klimabewegung Renovate – blockiert werden kann.»

Da der Klimawandel eine noch viel drängendere und wahrscheinlichere Krise sei als ein Krieg, «sollte die A1 präventiv auch nach der Armeeeübung geschlossen bleiben», so Kampus.

Der Test zwischen Payerne und Avenches findet laut Armeesprecher Volken im Rahmen eines geplanten Fortbildungsdienstes der Truppe statt. «Die

damit verbundenen Kosten werden mit dem ordentlichen Armeebudget beglichen.» Den Betrag nennt der Sprecher nicht.

Zum Teilstück zwischen Payerne und Avenches erläutert Volken, dass es bereits beim Bau 1995 für den Einsatz von Kampfflugzeugen vorgesehen gewesen und dafür vorbereitet worden sei. Die dort verwendeten Leitplanken können für die Übung im Juni schnell demontiert und dann wieder aufgebaut werden. Für die Flugsicherheit werden dann auf dem Belag spezielle Markierungen angebracht, die sich nach der Übung wieder entfernen lassen.

Für den Autobahnabschnitt sprechen gemäss dem Armeesprecher zudem die vorhandenen Umfahrungsmöglichkeiten und der direkte Anschluss an den Militärflugplatz Payerne: «Er erlaubt es beim unwahrscheinlichen Fall eines Vorkommnisses, die Autobahn trotzdem rasch wieder freizugeben.»

An der Übung teilnehmen werden die F/A-18 der Luftwaffe, die noch bis Anfang der 2030er-Jahre im Einsatz stehen. Ab dann sollen Jets der fünften Generation, die F-35, das Rückgrat der Armee in der Luft bilden. Laut Armeesprecher Volken erfüllt das von der Schweiz ausgewählte Modell F-35A ebenfalls die Anforderungen, abseits bestehender Flugplätze starten und landen zu können.

Die Frage ist nun, wie die Armee das Problem löst. Laut SRF

Plötzlich fehlt über 1 Milliarde – wie Amherd und ihr Militär sich verkalkulierten

Budgetnot der Armee Ein internes Dokument zeigt: Der Verteidigungsministerin fehlt Geld für Rüstungskäufe, die sie bereits getätigt hat.

Der Entscheid wirbelte viel Staub auf. Am letzten Freitag gab die Armee überraschend bekannt, dass sie kurzfristig die im August geplante Flugshow «Air Spirit 24» und weiter Grossanlässe absagt – weil dafür das Geld fehle. Zahlen nannte das Verteidigungsdepartement (VBS) dazu auch auf Nachfrage bisher nicht.

Doch jetzt zeigt ein internes Dokument des Armeestabes das wahre Ausmass des Finanzloches bei der Armee. Es ist viel grösser als bisher bekannt und viel grösser, als die abgesagten Grossanlässe vermuten liessen.

Laut dem Dokument, das wenige Tage alt ist, fehlt der Armee in den Jahren 2024 und 2025 insgesamt je rund eine halbe Milliarde Franken, um bereits getätigte Rüstungskäufe zu bezahlen. Total beträgt der Fehlbetrag 1,2 Milliarden Franken. Publik

gemacht hat das Dokument Radio SRF, diese Redaktion konnte es ebenfalls einsehen.

Wie konnte es so weit kommen? Dafür liefert das Dokument eine Erklärung. Sie lautet: Das VBS von Bundespräsidentin Viola Amherd lebte teilweise über seine Verhältnisse und budgetierte nach dem Prinzip Hoffnung.

So hatte die Armee eigentlich schon vor acht Jahren detailliert geplant, wie sie den Kauf eines neuen Kampfjets und die Verstärkung der Luftabwehr finanzieren wollte. Der Plan: Während mehrerer Jahre würde die Armee entweder gar keine oder nur wenige Rüstungsgüter bestellen, um so Gelder freizuspielen für die total rund 8 Milliarden schwere Grossinvestition in die Luftverteidigung.

Von diesem Plan wich man dann aber ab: Ab dem Jahr 2020

liess sich das Militär von Bundesrat und Parlament deutlich umfangreichere Rüstungskäufe bewilligen als noch 2018 geplant. Unter dem Titel «Ursachen der Liquiditätsengpässe» heisst es im armeerinternen Dokument denn auch: «Gleichzeitig grössere oder überhaupt Rüstungsprogramme gegenüber der Planung.»

Hüst und Hott in der Politik

Das Dokument legt den Schluss nahe, dass die Armee auch darauf vertraute, dass ihr Budget nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine rasch steigen würde. So sah es zunächst auch aus: Im Sommer 2022 beschlossen National- und Ständerat unter dem Eindruck des Krieges, das Armeebudget bis 2030 auf ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) anzuheben. Was einem Anstieg von 5 auf rund 10 Milliarden

Franken entspricht. Doch bereits im Januar 2023 traten Finanzministerin Karin Keller-Sutter und mit ihr der Gesamtbundesrat auf die Bremse. Er plädierte dafür, den Militäretat nicht wie vom Parlament gefordert schon bis 2030 auf ein Prozent des BIP zu steigern, sondern erst bis 2035.

Spätestens ab diesem Bundesratsentscheid, der vor einem Jahr fiel, musste das VBS also damit rechnen, dass sein Budget deutlich langsamer wachsen würde als erhofft. Trotzdem bewilligten Bundesrat und Parlament letztes Jahr weitere Rüstungskäufe in Höhe von 725 Millionen Franken (diese waren in der ursprünglichen, vorsichtigeren Finanzplanung von 2018 nicht vorgesehen). Auf der Einkaufsliste: 24 Rad-schützenpanzer und Mörsermunition. Wenige Monate später akzeptierte das Parlament in der

Budgetdebatte im Dezember 2023 dann offiziell den langsameren Wachstumspfad für das Militärbudget, wie ihn der Bundesrat bereits im Januar 2023 angeregt hatte. Dieser Entscheid zerstörte die letzte Hoffnung für die Armee, kurzfristig doch noch zu Zusatzeinnahmen zu kommen.

5,3 Milliarden weniger

Das verlangsamte Budgetwachstum führt dazu, dass der Armee bis 2035 massiv weniger Mittel für Rüstungsinvestitionen in die Kasse gespült werden – das interne Dokument beziffert den kumulierten Fehlbetrag für die Jahre bis 2035 auf 5,3 Milliarden. Und damit sitzt die Armee nun plötzlich auf Kaufverträgen für Rüstungsgüter, für die sie kein Budget mehr hat.

Die Frage ist nun, wie die Armee das Problem löst. Laut SRF

verhandeln VBS-Leute derzeit mit Rüstungslieferanten darüber, Zahlungen zu strecken. Doch selbst wenn das gelingt, würde es nur kurzfristig eine Entlastung bringen: Denn der Effekt einer Zahlungserstreckung wäre, dass die Ausgaben in den Folgejahren grösser würden. Laut SRF wird VBS-intern aber auch diskutiert, bereits beschlossene Rüstungskäufe abzubauen.

Heute wird sich auch die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats mit der akuten Finanznot bei der Armee befassen. Armeechef Thomas Süssli muss anfragen und Erklärungen liefern. Armeesprecher Stefan Hofer sagte gestern auf Anfrage, vorher äussere sich die Armee gegenüber der Öffentlichkeit nicht.

Markus Häfliger und Charlotte Walser